

Welche Vision braucht
Europa?
Jean-Claude Juncker

Europa bauen, den Wandel gestalten

Jean-Claude Juncker, seit über einem Jahrzehnt Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, setzte am 21. November 2006 die Vortragsreihe »Europa bauen, den Wandel gestalten« fort. Der überzeugte Europäer blickte vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung der Europäischen Union in die Zukunft und fragte: »Welche Vision braucht Europa?«. Juncker konstatiert, spätestens nach der Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlanden, eine tiefe Krise der Europäischen Union. Im Gegensatz zu früheren Jahren sei mindestens die Hälfte der Menschen dagegen, weiterführende europäische Initiativen zu ergreifen. Juncker sieht den Grund darin in der Art und Weise, wie »wir Politiker« über Europa reden: Die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa wurde den Bürgern schlecht erklärt, die Aufbauleistung der Kriegsgeneration sowie die Bedrohungssituation des Kalten Krieges in Europa sind vergessen und die beispiellose Erfolgsgeschichte des europäischen Binnenmarktes sowie die einigende Wirkung der gemeinsamen Währung werden kaum gewürdigt. Für die Zukunft bleibt einiges zu tun. Juncker nennt die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, die stärkere Beachtung der sozialen Dimension in der Wirtschafts- und Währungsunion und, für ihn von zentraler Bedeutung, die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Ich begrüße Sie heute Abend herzlich zum zweiten Stiftungsvortrag dieses Jahres in unserer Reihe »Europa bauen, den Wandel gestalten«. Wir alle freuen uns, sehr verehrter Herr Premierminister, dass Sie es bei Ihren zahlreichen Verpflichtungen möglich machen konnten, heute nach Stuttgart zu kommen und dass Sie zu uns sprechen werden.

Wenn wir Ihnen, Herr Premierminister, vorgeschlagen haben, über Visionen für Europa zu sprechen, dann stand im Hintergrund auch eine Sorge, die wohl nicht wenige Bürger in Europa teilen, die Sorge nämlich, dass das europäische Einigungswerk stagniert, während die Europäische Union unaufhaltsam zu wachsen scheint.

Die Vorstellung einer weiteren, in ihrer Finalität nicht klar definierten Ausdehnung löst besorgte Fragen aus. Wie steht es um Wohlstand und innere Sicherheit nach einem Beitritt von immer mehr Ländern, in denen Rechtskultur, politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung nicht unseren Maßstäben entsprechen? Wie wird es um unsere äußere Sicherheit bestellt sein, wenn die Union sich an konfliktgeladene Weltregionen heranschiebt, ohne doch die Mittel zu haben, an ihren Rändern aus eigener, notfalls auch militärischer Kraft für Frieden und Stabilität zu sorgen?

Diesen Fragen nach der äußeren Finalität stehen nicht weniger drängende nach der inneren Logik und Legitimität des Einigungswerks gegenüber: Die mit großem Aufwand und Ernst erarbeitete Verfassung befindet sich in einer Warteschleife mit unbekanntem Ausgang. Die Reform der europäischen Institutionen kommt deshalb nicht recht von der Stelle, was schwerwiegende Folgen für die Handlungsfähigkeit der Union haben kann. Mangelnde oder nicht erfolgreich kommunizierte Handlungsfähigkeit aber ist eine Sollbruchstelle der politischen

Glaubwürdigkeit für jedes politische Gebilde, sei es ein Nationalstaat oder ein Staatenverbund wie die Europäische Union.

Hinzu kommt: Dieser Staatenverbund, seine Institutionen und Verfahren erscheinen manchen Bürgern abstrakt und fern, was auch dadurch begünstigt wird, dass nationalstaatliche Politik gelegentlich der Versuchung erliegt, weniger populäre Entscheidungen auf - wie es dann heißt - »die in Brüssel« zu schieben.

Der Nachdenklichkeit und den Sorgen stehen freilich andere Befunde gegenüber. Die Bürger Europas erfreuen sich einer gemeinsamen Währung, um die uns die Welt beneidet. Niemand in Europa will auf die Freizügigkeit für Personen, Ideen und Güter verzichten. Auch wenn es gelegentlich in einigen der neu hinzugekommenen Länder in Mittel- und Osteuropa politisch knirscht: Niemand will wieder aus der Union austreten. Und schließlich wurde mit dem Beitritt der Partnerländer im Osten in kaum 15 Jahren die gesamte Grundrichtung der europäischen Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg umgedreht. Damit wurde vollendet, was schon die Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Westeuropa, wozu auch Luxemburg gehörte, sich erhofften, aber damals nicht ernsthaft erwarten konnten.

Differenzen zwischen den Nationalstaaten, die es immer geben wird, waren früher Risiken für den Frieden, oder sie wurden im Kalten Krieg kurzerhand von der Agenda entfernt. Heute sorgt die Europäische Union als disziplinierende Friedensmacht für geordnete Verfahren in der Austragung von Konflikten. Es gibt in der Geschichte kein Beispiel für einen Staatenverbund mit inzwischen 25 Mitgliedern, der es über einen so langen Zeitraum so weit gebracht hätte. Deshalb erkundigen sich auch Politiker aus Asien oder Lateinamerika nach Erfahrungen der europäischen Einigung, weil sie sich für ihre Weltregionen einen ähnlichen Weg wünschen.

Wir werden also bei allen Problemen, die wir gewiss auch haben, als Insel des Wohlstands und der Stabilität in der Welt beneidet. Europa als Ganzes ist zum Exporteur von Stabilität geworden, was im zwanzigsten Jahrhundert ganz überwiegend genau umgekehrt war.

Woran also fehlt es dann? Sehen wir die Dinge nicht richtig? Ist die EU ein Opfer ihrer Erfolge? Sind uns Zuversicht und Freude an Europa im Klein-Klein der Tagespolitik abhanden gekommen? Was müssen die europäischen Regierungen und die Organe der Union tun, um das europäische Projekt überzeugend zu vermitteln? Und vor allem: Was müssen die Bürger tun?

Sie sind, verehrter Herr Premierminister, wie kaum ein anderer berufen, zu diesen Themen zu sprechen. Und Sie genießen in unserem Lande hohes Ansehen als erfolgreicher Makler divergierender Interessen. Lassen Sie mich einige Stationen ihres politischen Lebensweges nennen.

Nach dem Studium der Rechte wurde Jean-Claude Juncker 1979 Fraktionssekretär der Christlich-Sozialen Volkspartei Luxemburgs, schon drei Jahre später Staatssekretär für Arbeit und soziale Sicherheit und wiederum nur zwei Jahre später Arbeits- und stellvertretender Budgetminister. Von 1989 bis 1994 war Jean-Claude Juncker Arbeits- und Finanzminister, er wurde 1990 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Volkspartei und schließlich 1995 Premierminister des Großherzogtums Luxemburg. Deutschen Zeitgenossen ist Jean-Claude Juncker als Mitherausgeber der Wochenzeitung Rheinischer Merkur bekannt. Ein schönes Beispiel für europäischen Dialog.

Herr Premierminister, wir freuen uns auf Ihren Vortrag!



Jean-Claude Juncker

Welche Vision braucht Europa?

Jean-Claude Juncker

Ich bin froh, heute Abend in Stuttgart und Gast der Robert Bosch Stiftung zu sein, die, seit es sie gibt und heute mehr denn je, sich europäischen Dingen verschrieben hat und zu denjenigen in der Bundesrepublik gehört, die die Wichtigkeit des deutsch-französischen Sonderverhältnisses nicht klein schreiben, sondern hoch halten. Deshalb ist dies der ideale Ort, um einige Überlegungen die Europäische Union betreffend aneinander zu reihen.

Nun wundere ich mich immer wieder, dass ich so viele Redeanfragen aus Deutschland kriege, denn ich bin kein typisch deutscher Redner, ich neige nämlich nicht zur Larmoyanz, sondern bin im Kern ein gesunder Optimist geblieben - in dem stetigen Bemühen allerdings, nicht in die Niederungen der totalen Naivität abzurutschen. Über diese neue deutsche Tugend der Larmoyanz habe ich mich ständig zu beklagen, weil die öffentlich-rechtlichen elektronischen Medien ja grenzüberschreitend wirksam sind und auch in Luxemburg ihre Wirksamkeit entfalten, sodass die allgemeine Publikumsstimmung immer der aktuellen publizistischen Lage der Bundesrepublik entspricht. Und ich möchte dagegen heute Abend gerne etwas tun.

Die Europäische Union, Europa, so wird geschrieben, gesagt und behauptet, sei in der Krise. Ich möchte diesem Eindruck überhaupt nicht entgegentreten, weil die Europäische Union sich in einer Krise befindet. Viele meiner Kollegen des Europäischen Rates rackern sich ab um zu beweisen, dass Europa sich nicht in einer Krise befindet. Und trotzdem befinden wir uns in einer, wie ich finde, ausgeprägten, tiefen Krise. Diese Krise wird vor allem von unseren französischen Freunden und von unseren niederländischen Freunden in Abrede gestellt, was ich insofern verstehe, weil ich auch nicht gerne schuld an einer Krise wäre. Franzosen und Niederländer haben mit Nein votiert

und in Luxemburg haben wir mit Ja gestimmt, also befindet sich Europa jetzt in einer Krise. Nur ist die Krise nicht die, die man denkt. Man denkt, wenn man sich die Dinge nicht genau ansieht, weil man des Betrachtens müde geworden ist, dass wir uns in einer Krise befinden, weil Franzosen und niederländische Volkssouveräne dem Verfassungsvertrag die kalte Schulter gezeigt haben. Das aber ist nicht die Krise. Das ist nur die Auswirkung einer Krise. Wären wir nicht in einer Krise, hätten Franzosen und Niederländer ja ohne Mühe und Not dem Vertrag zustimmen können. Die Tatsache, dass sie dem Vertrag nicht zugestimmt haben, hat nichts mit einer Laune des Augenblicks zu tun, sondern ist das Resultat einer Krise, die es vorher schon gab.

Worin besteht diese Krise? Sie besteht nicht in dem Nicht-miteinander-können der Regierungen, der Regierungschefs oder anderer Ressortleiter in der Europäischen Union. Das behauptet man flink und schnell, weil man es ja mag, alle Schuld bei der Politik abzuladen. Und diese traut sich ja auch nicht mehr, sich zu wehren. Politiker gehen gebeugten Hauptes durch die Meinungsumfragen und die publizistische Landschaft und sagen: »Wir sind an allem schuld.« Dass die Völker selbst manchmal Schuld tragen, wagt ja kaum noch jemand zu behaupten. Aber Tatsache ist, dass die eigentliche Krise, die in der Europäischen Union seit mehreren Jahren schon zu beobachten ist, eine fundamentale Auseinandersetzung ist, die es zwischen zwei Lagern in unseren öffentlichen Meinungen gibt, und zwar in allen Ländern der Europäischen Union. Es gibt fünfzig Prozent der Europäer, die zu viel Europa kriegen und fünfzig Prozent, die mehr Europa möchten. Und wenn ihnen nichts mehr einfällt, sagen sie, Europa müsse das richten, und Europa könne jenes tun – als ob Europa nur zuständig sei für alles, was aus dem Ruder läuft! Fünfzig Prozent verlangen also mehr Europa. Und fünfzig Prozent sind der Auffassung, dass es heute schon zu viel Europa gibt, dass die Europäische Union sich um viele Dinge kümmert, die sie nichts angehen, dass die Europäische

Union sich in alle Lebensbereiche einmischen würde, dass die Europäische Union die Nationalstaaten regelrecht erdrosseln, würgen würde.

Das ist ein fundamentaler Unterschied zu dem, was in den fünfziger, sechziger, siebziger, auch noch Anfang der achtziger Jahre in Europa zu beobachten war. Damals haben die Menschen, die Völker, fast alle mehr Europa gewollt. Und wann immer jemand eine Initiative ergriff, um in europäischen Dingen weiterzukommen, war er sich des Applauses des Publikums bewusst und auch sicher. Dem ist jetzt nicht mehr so. Wer jetzt eine integrationsweiterführende Initiative in europäischen Dingen ergreift, kann davon ausgehen, dass fünfzig Prozent ihm zustimmen und fünfzig Prozent diese Initiative, diese Vorhaben, diese Vorschläge, diese Projekte ablehnen. Früher wurden europäische Politiker von den Völkern Europas zu mehr Europa getrieben, und heute werden sie von mindestens der Hälfte der Europäer gebremst, wenn sie mehr Europa möchten.

Wieso konnte diese Krise entstehen? Wieso konnte es dazu kommen, dass aus einem integrationszugewandten Kontinent eine zum Teil hochkritische Öffentlichkeit entstanden ist, wenn es um europäische Dinge geht? Das hat nun wirklich auch mit der Politik zu tun und mit der Art und Weise, wie wir Politiker - nicht weniger oft als andere, aber noch zu oft - über Europa reden. Auch in Deutschland wird über Europa nur in den seltensten Fällen so geredet, wie man über Europa reden müsste. Von Montag bis Samstagabend treten Kanzler auf, Ministerpräsidenten, Minister, Abgeordnete, aber auch viele Publizisten und reden Europa schlecht. Nicht immer, aber sehr oft. Man tut so, als ob Europa, die Europäische Union, die Kommission, das Parlament, der Ministerrat, schuld seien an allem Unheil, das es im eigenen Land zu bestaunen gibt. Man tut so, als hätte man mit der Gestaltung der Dinge zu Hause nichts zu tun, als wäre einem der Zugriff zu den nationalen Dingen regelrecht von der Europäischen Union entrissen worden.

Man fährt nach Brüssel, macht da sein Ding, um dies salopp zu formulieren, fährt nach Hause und erklärt dann, man hätte sich durchgesetzt, man hätte die anderen niedergezwungen, man hätte die anderen überzeugt, weil man die besseren Argumente gehabt hätte. Oder man fährt nach Hause und sagt: »Wir haben uns nicht durchsetzen können, die anderen waren nicht intelligent und gebildet genug, um die Tiefe und die Schärfe unserer Gedankengänge im ersten Augenblick spontan zu erfassen.« So stellt sich langsam, aber sicher – und das ist jetzt festgefügt – der Eindruck bei den Menschen ein, in Brüssel wird miteinander gestritten, in Brüssel versucht jeder, auf Kosten der anderen seine nationalen Interessen durchzusetzen; Brüssel ist der Raum, wo nationale Anliegen brutalst aufeinander prallen. Dabei sollten wir den Eindruck erwecken, denn der wäre richtig, dass Brüssel der Ort ist, wo versucht wird, das europäische Gemeinschaftsinteresse zu gestalten und ihm Form zu geben.

Jeder hat so seine Sprüche. Der eine sagt: »Das deutsche Geld wird in Brüssel verbraten.« Der andere sagt: »Die Brüsseler Beschlüsse in der gemeinsamen Agrarpolitik machen die Arbeit unserer Bauern unmöglich.« Wieder ein anderer – wie ich – beklagt die fast völlige Abwesenheit der notwendigen sozialen Dimension bei der Gesamtgestaltung europäischer Dinge. Und so entsteht der Eindruck, dass die Europäische Union etwas sei, wogegen man kämpfen müsse aus nationaler Sicht heraus, anstatt dass wir uns darum bemühen, unsere nationalen Interessen in Brüssel zu vertreten, und die europäischen Interessen in unseren Hauptstädten zu vertreten. Für Deutschland und Luxemburg in Brüssel kämpfen, aber für die Europäische Union in Deutschland und in Luxemburg kämpfen, dies müsste eigentlich die Aufgabenteilung sein, wie jede der handelnden Personen sie verinnerlichen müsste. Wer montags bis samstags sagt, Europa funktioniert nicht, darf sich nicht wundern, wenn sonntags die Menschen mit Nein votieren, wenn sie um ihre Meinung gefragt werden. Man darf den Menschen

nicht mehr zumuten, als sie ertragen und eigentlich verstehen können.

Wir haben den Fehler gemacht, dass wir Europa schlechtgeredet haben, wir haben aber auch den Fehler gemacht, dass wir Europa manchmal zu sehr schöngeredet haben. Zum Beispiel, wenn wir mit schwärmerischem Blick immer wieder den Menschen erklären, wir seien dabei, so etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa heranzuzüchten. Die Menschen mögen dieses Konzept der Vereinigten Staaten von Europa überhaupt nicht, haben überhaupt keine Lust, es den Amerikanern in ihrer Vereinigte Staaten-Union nachzumachen, möchten nicht, dass die Europäische Union zu einem Schmelztiegel wird, in den alles einfließt, was gesund gewachsen ist, und in dem alles verschwindet, was uns eigentlich auf unsere Heimat und Heimaten - wenn es diesen Plural im Deutschen gibt - stolz macht.

Ich möchte überhaupt nicht Bürger der Vereinigten Staaten von Europa sein, es reicht mir völlig, dass ich Europäer bin. Ich bin gerne Luxemburger, so wie Sie gerne Schwaben, Badener, Württemberger und Deutsche sind. Wieso wir über Jahrzehnte den Eindruck vermitteln konnten, wir wären dabei, die Nationalstaaten abzuschaffen, ist mir eigentlich immer unerklärlich geblieben, weil das ja niemand will. Und niemand hat ein Mandat, um den Nationalstaat abzuschaffen. Nationen sind keine provisorischen Erfindungen der Geschichte, Nationen sind auf Dauer eingerichtet. Und ich kann überhaupt nicht erkennen, warum man ein schlechter Europäer wäre, wenn man deutscher Patriot ist.

Der moderne Patriotismus hat zwei Dimensionen: die nationale, sofern sie sich nicht gegen andere richtet, und die europäische, sofern sie die nationale nicht verdrängt. Und aus diesem Gemisch an Gefühlen, an falschen Eindrücken oder an Erwartungen, die mit der Lebenswirklichkeit der Menschen nichts zu tun haben, ist diese europäische Krise, diese Verständniskrise

entstanden. Dabei wäre es, denke ich mir in ruhigen Momenten, sinnvoller, wir würden – obwohl wir das fast nicht mehr können – den Menschen beibringen, ihnen das Gefühl zu vermitteln versuchen, dass wir viele Gründe haben, auf Europa stolz zu sein. Nun ist es in unseren Breitengraden so, dass man sich ja schämt, noch auf etwas stolz zu sein. Deshalb ist das ein bisschen schwierig zu erklären. Und es ist trotzdem einfach, wenn man sich die großen Leistungen dieser Europäischen Union vor Augen führt und sie auch ohne Scham benennt.

Die Männer und Frauen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus den Konzentrationslagern und von den Frontabschnitten nach Hause in ihre zerstörten Städte und Dörfer zurück kamen, die hätten, wären sie so gewesen, wie wir heute sind, ja den Kopf hängen lassen, die Hände in den Schoß legen und sich sagen können: »Es hat eh keinen Zweck, dass wir uns abrackern.« Das haben sie aber nicht gemacht. Sie sind mit der Überzeugung zurück gekommen, dass es so in Europa nicht weitergehen kann. Und sie haben gesagt: »Nie wieder Krieg.« Das haben sie nach jedem europäischen Krieg – und derer gab es, weiß Gott, viele – immer wieder gesagt, aber zum ersten Mal nach dem Desaster des Zweiten Weltkrieges wurde aus diesem ewigen Nachkriegssatz »Nie wieder Krieg« ein politisches Programm, ein Gebet für Millionen, eine Hoffnung für alle. Und dieses politische Programm wurde geschmiedet von klugen Staatsmännern, die sich noch in gehobener Staatskunst auskannten. Es wurde so gemacht, dass die Völker den Eindruck hatten, da wird etwas gemacht, was wir immer schon wollten, und so, dass diese Staatsmänner den Eindruck hatten, wir machen das, was die Völker gerne hätten.

Dass wir es in Europa geschafft haben, auf diesem geplagten, verstümmelten Kontinent nach Jahrhunderten der Auseinandersetzung uns die Hände über die Gräber hinweg zu reichen und dafür zu sorgen, dass Europa der Ort ist, wo Frieden entsteht, wo Stabilität produziert wird, anstatt dass immer nur

konsumiert wird, darauf sind wir überhaupt nicht mehr stolz. Ich meinerseits bin aber sehr stolz auf die Generation meiner Eltern, die das gemacht hat. Und wenn die so lahm gewesen wären, wie wir heute sind, wenn die nicht angepackt hätten, wenn die nicht dafür gesorgt hätten, dass wir jetzt auf einem ruhigen Kontinent in ruhigen Verhältnissen leben, dann wären wir heute nicht da, wo wir sind. Und deshalb hat meine Generation der Vorgängergeneration dankbar zu sein für das, was sie gemacht hat. Zum ersten Mal in der europäischen Geschichte dafür zu sorgen, dass ihre Kinder und Kindeskinde in friedlichen Verhältnissen leben können, ist eine große Lebensleistung dieser Generation, die wir ungenügend würdigen.

Nun hält man mir sehr oft entgegen, dieser Friedensdiskurs, diese Behandlung der ewigen europäischen Frage, dieser dramatischen europäischen Frage »Krieg oder Frieden« würde die Jüngeren unter uns nicht mehr erreichen. Die jungen Generationen würden diesen friedlichen Zustand des europäischen Kontinentes als etwas sehr Normales empfinden. Und dem ist auch so. Die Friedenserklärung reicht nicht aus. Ist das ein Grund, sie nicht mehr zu erwähnen? Ist es denn so, dass in Europa die Frage zwischen Krieg und Frieden auf ewige Zeiten geklärt wäre? Dem ist überhaupt nicht so. Ich kann mich nur darüber wundern, wie kurzatmig und wie erinnerungsunfähig wir geworden sind. Ich rede jetzt nicht von dem Desaster zwischen 1933 und, sich selbst steigernd, 1940 bis 1945. Mein Vater, der Luxemburger war, musste als deutscher Soldat in den Krieg ziehen. Wieso? Er hatte damit überhaupt nichts zu tun. Nur Hitler hat entschieden, alle Luxemburger der Jahrgänge 1920 bis 1927 zwangsweise zur Wehrmacht einzuziehen, um gegen die zu kämpfen, die mit der Befreiung meines Landes beschäftigt waren.

Ich rede nicht nur von dieser Zeit, ich rede davon, dass wir vor zehn Jahren, genau vor zehn Jahren, noch Krieg auf dem Balkan hatten. Vor zehn Jahren wurde noch von den Hügeln

Sarajewos in die Küchen der Stadt hineingeschossen, und Mütter, die dabei waren, ihre Kinder zu ernähren, brutalst erschossen. Ich rede davon, dass wir vor nicht mal sieben Jahren im Kosovo einen verheerenden, menschenverachtenden Krieg hatten. Das ist sieben Jahre her, und wir sagen, der Friedensdiskurs hat keinen Sinn mehr! Und wir hatten zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Krieg mitten in Europa. Anderthalb Flugstunden von hier entfernt wurde eingesperrt, gefoltert, vergewaltigt und umgebracht.

Wie ist es eigentlich möglich, dass so viele Fernsehgenerationen hintereinander schon diese Bilder vergessen haben, über die sie sich vor sieben Jahren noch auf das Massivste aufregten und die Europäische Union beschuldigten, nicht aktiv in dieser zerklüfteten und dramatisch komplizierten Region Europas tätig zu werden? Es zeigt, dass der europäische Mensch zwar zu dem Besten fähig ist, wozu Menschen fähig sind, und auch immer noch zu dem Schlimmsten fähig ist, zu dem Menschen fähig sein können. Und für mich ist es ein schwacher Trost, ein egoistischer Trost zu wissen, dass viele im Westen, Deutsche und Franzosen und andere, sich nie wieder auf den Schlachtfeldern begegnen werden, aber nicht weit von uns entfernt war es so. Und nicht weit von uns entfernt kann es morgen wieder so sein, wenn wir nicht aufpassen. Instabilität auf dem Balkan wird auf Dauer Durcheinander und Instabilität in unserem Teil Europas bringen, deshalb ist die Friedensaufgabe Europas noch nicht erledigt, und deshalb muss über dieses Thema »Krieg und Frieden« immer wieder, wie ich finde, geredet werden. Und deshalb war es auch richtig, dass wir die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa – die zweite große Leistung der Europäer – gewollt und aktiv betrieben haben.

Ich kann mich nur darüber ärgern, auch über mich selbst, dass wir die Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa so schlecht erklärt haben. Im Übrigen, ich kann mich als Bürger Europas auch nur darüber ärgern, dass die Bürger

Europas, wenn es erst mal richtige Erklärungen gab, diesen Erklärungen nicht richtig zuhört haben. Ich sage dies in einem Land, das ja auch einen Prozess der Wiedervereinigung, wie viele Deutsche denken, durchlitten hat. Ich bin ja der einzige der deutschen Sprache mächtige Politiker, der sich noch darüber freut, auch bei öffentlichen Vorträgen, dass es die deutsche Wiedervereinigung gab. Ich freue mich immer noch darüber.

Im Übrigen hätte es die deutsche Wiedervereinigung ohne die Europäische Union und ohne dieses jahrzehntelange Miteinanderringen und Miteinanderträumen nie geben können, jedenfalls nicht so. Und ich ärgere mich auch darüber, dass man ein bisschen schnell die große Leistung von Helmut Kohl in dem Zusammenhang vergisst. Ich war dabei, als diese deutsche Wiedervereinigung in Europa durchgefochten werden musste. Heute waren immer schon alle für die deutsche Wiedervereinigung, aber als es darum ging, nicht nur zu pfeifen, sondern auch zu singen, da wurden viele plötzlich stumm oder haben in die falsche Richtung geschrien. Ich finde, dass die Deutschen wissen müssen, dass es ohne Helmut Kohl in der Form und zu dem Zeitpunkt und mit dem Einsatz diese deutsche Wiedervereinigung so nicht gegeben hätte.

Aber was war das Problem in Sachen Erweiterung, eigentlich in Sachen Wiedervereinigung des europäischen Kontinents? Das Problem war doch, dass das Nachkriegsgift, das von Stalin und anderen gestreut wurde und das wollte, dass Europa auf alle Zeit in zwei Teile zersplittert wäre, dass dieses Nachkriegsdekret von den Menschen ad absurdum geführt wurde, weil die Menschen nicht mehr wollten, dass ihnen Freiheit und Demokratie und soziale Marktwirtschaft vorenthalten wurden. Es waren nicht wir im Westen, die wir uns rühmen konnten, wir hätten den Sowjetkommunismus abgeschafft. Wir haben die Sonntagsreden gehalten und über die Mauer gerufen: »Fort mit den Kommunisten! Fort mit dem Joch! Nieder mit der Unterdrückung!« Wir standen auf den Kanzeln, und die Menschen

in Mitteleuropa, die standen im Graben, wo gekämpft werden musste, und die haben das selbst bewirkt. Die Mauer ist ja nicht von selbst umgefallen, und sie ist nicht von Westen nach Osten umgestürzt worden, sie ist von Osten nach Westen umgestürzt worden.

Und deshalb sollten wir vielleicht weniger pingelig, weniger arrogant, weniger herablassend mit den Menschen in Mitteleuropa umgehen. Sie haben an Transformationsstress wesentlich mehr erlebt als wir hier im Westen je erlebt haben. Und deshalb war es richtig, auf friedlichem Weg dieses Rendezvous zwischen europäischer Geographie und europäischer Geschichte so zu organisieren, dass es zustande kam ohne Blutvergießen und dass es zustande kam, weil die Menschen es wollten. Was wäre eigentlich die Reaktion gewesen – wenn sie so gewesen wäre, wie viele heute denken, dass sie hätte sein müssen – wenn wir den Menschen aus Ost- und Mitteleuropa, als sie an unsere Tür klopfen, bedeutet hätten, dieses Haus wäre für sie nicht gebaut worden, es wäre kein Platz mehr in diesem Haus?

Man übersieht, dass seit dem Fall der Mauer in Europa selbst und an der direkten Peripherie der Europäischen Union 23 neue Staaten entstanden sind. Wenn ich nicht Luxemburger wäre, würde ich gegen diese Form der Kleinstaaterei hier massiv zu Felde ziehen. Wer jetzt denkt, aus vornehmer Distanz zu den Irrungen und Wirrungen der damaligen Zeit, es wäre möglich gewesen, dass wir im Westen den Menschen in Mitteleuropa und in Osteuropa bedeutet hätten, sie sollen selbst zurechtkommen mit ihren neu entdeckten Souveränitäten, mit ihrem neu entdeckten Nationalstolz, dass sie diesen Nationalstolz ruhig austoben könnten, einer gegen den anderen, die Minderheitenprobleme, die es zuhauf gab und teilweise noch gibt in Mitteleuropa; wer denkt, wir hätten die Menschen in Mitteleuropa alleine lassen können mit ihren Schwierigkeiten, die riesengroß waren, die an die Nachkriegsschwierigkeiten unserer Länder erinnern, und wir hätten uns auf die Zuschauerränge

zurückziehen und diesem Getümmel zuschauen können, der irrt fundamental.

Es wäre verheerend gewesen für den europäischen Kontinent, wenn wir nicht diese Frieden stiftende Globalatmosphäre der Europäischen Union nach Mitteleuropa getragen hätten, nicht weil wir sie den Mitteleuropäern aufzwingen wollten, sondern weil die Mitteleuropäer auch wollten, dass sie Platz in diesem großartigen kontinentalen Solidarwerk finden. Und deshalb hat es zu dieser Erweiterung keine gangbare Alternative gegeben. Es war nicht eine Option, es war eine Notwendigkeit, es war der Mantel Gottes, den man einige Monate, wenige Jahre durch die europäische Geschichte wehen sah. Und diejenigen, die denken, sie wären ohne den Mantel Gottes wärmer geworden als mit dem Mantel Gottes, die wären heute schon nicht mehr hier, weil sie aus der Tiefkühltruhe nicht mehr herauskämen, die der europäische Kontinent wäre, wenn es dieses Zusammenwachsen von Ost und West nicht gegeben hätte.

Wieso vergessen wir so schnell? Ich wurde groß in Zeiten des Kalten Krieges. Ich hatte wirklich Angst, da passiert irgendwann etwas, da dreht irgendwann jemand durch, da wird ein Inferno losgetreten, weil sich die Führer hier und die Führer dort in einigen zentralen Punkten und Momenten völlig missverstehen. In einem Land wie Deutschland, in dem die Friedensbewegung ja breit war - und ich kritisiere das nicht wirklich - müsste man sich doch daran erinnern - in Luxemburg übrigens auch -, dass vor 30 Jahren noch die Raketen auf uns gerichtet waren, die in Prag und in Warschau standen. Und wir beklagen uns heute darüber, dass die Erwartungen der Menschen aus Prag und Warschau auf uns gerichtet sind. Mir ist es lieber, wir müssen den Erwartungen gerecht werden, die die anderen Europäer haben, die 50 Jahre lange auf der falschen Seite Europas standen, weil die Sonne dort nicht schien, als dass wir uns mit der nuklearen Bedrohung auseinandersetzen müssten, die aus Osteuropa auf Westeuropa zukam.

Und deshalb bin ich auch sehr besorgt über einiges, was nach der europäischen Wiedervereinigung passiert ist. Ich möchte von dem deutsch-polnischen Verhältnis reden, das mich sehr besorgt macht. Ich habe erlebt in all den Jahren, wie deutsche Bundeskanzler - Kohl, Schröder und Angela Merkel - sich um europäisch-polnische Sachfragen und auch atmosphärische Fragen gekümmert haben. Ich habe 1997 den Gipfel in Luxemburg geleitet, auf dem die Erweiterung nach Mitteleuropa beschlossen wurde. Es war einer der bewegendsten Momente meines politischen Lebens, weil alle Staatsmänner am Tisch nachher geweint haben. Kohl, der gesagt hat: »Als deutscher Bundeskanzler ist das ein großer Tag für mich und mein Land nach all dem, was wir Deutsche den Europäern zugefügt haben, dass wir heute die europäische Wiedervereinigung feiern.«

Ich habe alle gefragt: »Was habt Ihr heute vor zehn Jahren gemacht?« Und von den zehn Mitteleuropäern, die am Tisch saßen, waren acht der damaligen Staats- und Regierungschefs im Gefängnis - acht. Es ging um Polen. Und der deutsche Bundeskanzler hat gesagt: »Eine Erweiterung nach Mitteleuropa wird es nicht geben, wenn Polen nicht dabei ist.« Als es um die Finanzierung der europäischen Wiedervereinigung ging, hat Schröder das Geld auf den Tisch gelegt, trotz großen Murrens im Übrigen. Und als es jetzt in Brüssel wieder darum ging, dass wir in Sachen finanzielle Vorausschau die polnischen Wünsche in Betracht ziehen würden, war es wiederum die deutsche Bundeskanzlerin, die dafür gesorgt hat, dass diese Entscheidung zustande kam. Dann vermag ich nicht zu verstehen, wieso sich dieses deutsch-polnische Verhältnis so verheddern konnte, wie dies zurzeit der Fall ist.

Das macht mir große Sorgen, und ich habe auch dem polnischen Premierminister auf das Intensivste vorgetragen, dass man in Polen ein völlig verqueres und verzerrtes Deutschlandbild hat. Das Deutschland des Jahres 2006 ist das beste Deutschland, das wir je in Europa hatten, und es ist der beste

deutsche Nachbar, den wir je hatten. Und es geht nicht, die Deutschen so zu behandeln, als ob wir im Jahre 1943 wären. Wir sind im Jahre 2006 angekommen, mit den Deutschen und dank der Deutschen. Dieses Thema sollte man in Polen etwas rücksichtsvoller behandeln, als man dies zur Zeit tut, denn die deutsch-polnische Freundschaft wird in den nächsten 30 Jahren dieselbe Bedeutung haben, die die deutsch-französische Freundschaft in den letzten 30 Jahren hatte. Wenn das deutsch-polnische Verhältnis aus dem Ruder läuft, dann wird in Europa vieles aus dem Ruder laufen, so wie vieles aus dem Ruder gelaufen wäre, wenn das deutsch-französische Verhältnis nicht so gewachsen wäre, wie es wachsen konnte dank des Dazutuns beider Völker und der sie Regierenden.

Erweiterung, geht sie weiter, oder bleibt sie auf halber Strecke stecken? Ich kann diese Frage nicht in vollem Umfang beantworten, weil ich ja selbst spüre, dass vor allem in den westlichen Ländern der Europäischen Union so etwas wie Erweiterungsmüdigkeit eingetreten ist. Man sagt: »Es reicht jetzt. Wir können uns nicht dauernd in alle Richtungen erweitern.« Die Europäische Union, so wird moniert, hat zu viele Mitgliedsstaaten, und diese Europäische Union wird so nicht funktionieren können, wenn sie nicht reformiert wird und wenn die Zahl der Mitglieder der Europäischen Union nicht begrenzt wird.

Nachdem jetzt am 1. Januar Bulgarien und Rumänien, nach größten Anstrengungen, die vor allem den kleinen Leuten in diesen Ländern vieles abverlangt haben, der EU beitreten werden, bin ich nachdrücklich der Auffassung, dass einige Länder des westlichen Balkans auch der Europäischen Union beitreten müssen. Wenn wir Kroatien und anderen Ländern aus dem westlichen Balkan nicht den Weg zur Europäischen Union öffnen, wenn diese Länder sich nicht in dieser europäischen Perspektive auch als eigenständige Nationen wiederfinden und dieser Europäischen Union allesamt, wenn auch nicht zum selben Zeitpunkt, beitreten können, dann werden wir diesen

verheerenden Konflikt auf dem Balkan nicht lösen können. Aber darüber hinaus stelle ich mir dann doch die Frage, wie es weitergehen kann. Und so zu tun, als ob wir einfach so die Zahl der Mitglieder der Europäischen Union auf 35, 40 steigern könnten, und die Menschen glauben lassen, es könne alles noch so funktionieren, wie es bis vor kurzem funktionierte, wäre ein verhängnisvoller Fehler.

Wir müssen uns in aller Ruhe mit diesem Thema beschäftigen und uns fragen, nicht nur, wer zu Europa gehört, uns nicht nur mit der Frage herumplagen, »ob die Türkei ein europäischer oder ein nichteuropäischer Staat ist«. Das ist eine wichtige Frage, es ist aber nicht *die* Frage. Wir müssen uns fragen, wie diejenigen, die Mitglied werden möchten, Mitglied werden können. Und ich rede nicht von dem Vorbereitungsweg, sondern von dem Zielhafen. Wie soll der Zielhafen ausgebaut sein? Und es mag mir nicht einleuchten, wieso wir uns nicht auf den Weg machen, einige Ideen zu studieren, die der gesunde Menschenverstand vorschreibt. Der gesunde Menschenverstand sagt doch, dass nicht alle mit derselben Intensität Mitglieder der Europäischen Union werden müssen. Der gesunde Menschenverstand sagt, es gibt eine Anzahl X von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die immer dabei waren und die immer dabei sein wollten, die machen vieles zusammen, alles, was sie zusammen machen können und was sinnvollerweise auf der europäischen Ebene zusammengeführt werden kann, und lassen das sein, was besser bei Staaten, Ländern, Regionen und Kommunen aufgehoben ist.

Aber nicht alle können alles gemeinsam machen, weil die Voraussetzungen sehr unterschiedlich sind. Und da muss es möglich sein, um diesen europäischen Kern herum eine andere Umlaufbahn anzulegen, wo jene Platz nehmen, die zwar zur europäischen Familie gehören und gehören möchten, die aber selbst nicht die Kraft haben oder die Europäische Union nicht die Absorptionskraft hat, um alle gleichmäßig mit gleichen

Rechten und mit gleichen Pflichten aufzunehmen, so dass wir, denke ich mir, diesen kontinentalen Erweiterungsprozess a) beschleunigen und b) tiefer durchdenken könnten, wenn wir uns darauf verständigten, dass es einen unterschiedlichen Mitgliedschaftsgrad der europäischen Staaten und Nationen in der Europäischen Union gibt. Viele können Verteidigung gemeinsam gestalten, andere können anderes gemeinsam gestalten.

Nur die, die alles gemeinsam gestalten, was gestaltbar ist auf europäischer Ebene, sind die Kernmitglieder der Europäischen Union, zu denen andere zustoßen können. Und diejenigen, die sich in der jetzigen Europäischen Union nicht hundertprozentig wohlfühlen, könnten ja auch, falls es ihnen wirklich zu ungemütlich wird, sie sich dort wohler fühlen und mit ihrem nationalen Ego im guten Sinne des Wortes besser zurecht kommen, auf dieser Umlaufbahn Platz nehmen. Und die, die wirklich mehr gemeinsam gestalten wollen, weil sie es können und weil sie es möchten, können dieses Kerneuropa dann sich heranzubilden lassen. Den Menschen zu erklären, dass die Erweiterung weitergehen muss, ist richtig. Die Menschen glauben zu lassen, sie kann so weitergehen in den nächsten Runden, wie wir die letzte Erweiterungsrunde hinter uns gebracht haben, bewältigt und gestaltet haben, hielte ich für einen verheerenden Vorgang, eigentlich eine Täuschung. Man kann nicht so tun, als ob die Europäische Union die Europäische Union bleiben könnte, wenn wir 40 Mitglieder haben. Das wird nicht mehr funktionieren, und man muss dies klar aussprechen.

Und wir brauchen eine phantasievollere Politik im Umgang mit unseren Nachbarn. Die europäische Nachbarschaftspolitik in Richtung Ukraine, in Richtung Russland, in Richtung Moldawien, in viele andere Richtungen muss durchstrukturiert werden. Die Vorstellung, die europäischen Dinge blieben im Lot, ohne dass wir uns den architektonischen Gesamtbeitrag Russlands vergegenwärtigen, ist eine falsche Vorstellung. Es wird in Europa nicht bei den Verhältnissen und ihrer Schichtung

bleiben, so wie sie heute sind, wenn wir nicht Russland in diese europäische Architektur einbinden, weil die Russen das möchten, weil wir das brauchen und weil wir es auch möchten.

Europa ist kein Gegenentwurf zu den Vereinigten Staaten von Amerika, im Gegenteil, ich bin der Meinung, dass Europa nicht glücklich bleiben wird, wenn wir uns darauf verständigen, die Hauptantriebsfeder der Europäischen Union müsse Antiamerikanismus sein. Das wird nicht gehen. Dieses antiamerikanische Grundgefühl ist ein Gefühl, aus dem nichts Wertvolles entstehen kann. Ich bin zu fundamentaler Amerikakritik nicht fähig, ich bin auch nicht naiv, ich bin für gleichwertige Beziehungen, für Beziehungen auf Augenhöhe. Europa ist nicht ein Gegenentwurf zu Amerika, so wenig, wie Europa ein Gegenentwurf zu Russland ist. Wir müssen mit den Amerikanern und mit den Russen die Dinge in dieser Welt gemeinsam anfassen. Wir dürfen nicht denken, wir könnten die Achsen der Welt als Europäer alleine bewegen. Und deshalb müssen wir in diese Heranbildung der europäischen Nachbarschaft mit unseren anderen europäischen Nachbarn wesentlich mehr Energie investieren, als wir dies bis jetzt gemacht haben.

Eine weitere Leistung ist der europäische Binnenmarkt. Wieso redet niemand mehr vom Binnenmarkt? Es ist ein unwahrscheinlicher Vorgang, dass wir seit 1985 bis heute – und wir sind noch nicht fertig – aus diesen europäischen Teilmärkten einen großen europäischen Markt gemacht haben, dass wir Grenzen und Handelsbarrieren abgeschafft haben, dass wir Angleichungen dort gemacht haben, wo wir Angleichungen brauchen, damit Handel und Wandel sich frei in Europa entfalten können. Die Menschen heute können sich ja überhaupt nicht mehr vorstellen, vor allem nicht die jüngeren, das heißt die Menschen meines Alters, wie das war, als es in Europa noch Grenzen gab. Ich habe doch noch als Kleinkind erlebt, wenn wir von Luxemburg nach Trier fahren, dass mein Vater seine ganzen Pfadfinderkenntnisse in geballter Form anwenden musste,

um die Dinge über die Grenze zu kriegen, die den Zöllnern nicht auffallen sollten, und dass wir stundenlang an der Grenze standen. Manchmal denke ich mir, um den Menschen vorzuführen, was Europa ist, müsste man drei Monate lang wieder Grenzen, Grenzpfähle, Barrieren in Europa errichten, damit die Menschen merken, was Fortschritt ist, wenn sie plötzlich wieder mit dem Rückschritt konfrontiert werden.

Was wir in Sachen europäischer Binnenmarkt bewirkt haben, ist weltweit beispiellos. 486 Millionen Menschen werden ab 1. Januar 2007, wenn Bulgarien und Rumänien beigetreten sind, zu diesem europäischen Binnenmarkt gehören. Die Amerikaner bringen es nur auf 300 Millionen. 500 Millionen Menschen leben nach gemeinsamen Regeln, wenn es um essenzielle wirtschaftliche Dinge geht. Und wir sind noch nicht fertig, denn es bleibt noch vieles zu tun, die Integration der Finanzmärkte, weitere Lockerungen im Dienstleistungsbereich - Dienstleistungen, die immerhin 70 Prozent des europäischen Brutto-sozialproduktes darstellen. Alle diese Dinge müssen gemacht werden, auch eine gemeinsame europäische Energiepolitik ist eine absolute Notwendigkeit.

Es ist doch einfach lächerlich, dass die 27 Europäer in getrennter Formation den Energieanbietern entgegentreten. Herr Putin sitzt alleine da, und dann kommen da 27 Europäer und erklären ihm, wie die europäische Energiepolitik geregelt werden muss. Er hört zu, aber hört 27 verschiedene Geschichten. Das ist nicht sehr glaubwürdig. In Fragen europäischer Energiepolitik müssen wir eine Kampfformation bilden, anstatt wie ein aufgeregter Hühnerhaufen auf Russland zuzustürmen. Das beeindruckt die Russen nicht. Andere europäische Leistung: der Euro. Was haben wir uns nicht alles über diesen Euro schon anhören müssen. Ich habe den Maastrichter Vertrag als Finanzminister unterschrieben. Im Übrigen sind der Euro und ich die einzigen Überlebenden von Maastricht. Als wir diesen Vertrag unterschrieben haben, prallten wir auf eine Mauer von

Hohngelächter, weil niemand uns zugetraut hat, dass wir es schaffen würden, die europäischen Währungen, 13 inzwischen, zu einer einheitlichen Währung zu verschmelzen. Wo sind die deutschen Professoren, die damals die Talkshows regelrecht belagerten, um den Deutschen zu erklären, das könne nie etwas werden? Politiker, die auch dachten, der Euro wäre eine schwächelnde Spätgeburt, sind ja Gott sei Dank zu überzeugten Spätberufenen geworden.

Die Europäer haben sich selbst nicht zugetraut, dass sie das schaffen würden. Und andere haben nicht einmal zugehört, wenn man darüber redete. Ich kann mich noch eines Besuches bei Präsident Clinton im August 1995 entsinnen, der mich gefragt hat: »Was ist denn so los in Europa?« Dann habe ich sofort meine Euro-Oper angestimmt, und nach fünf, sechs Minuten hat er abgewinkt, und gesagt: »Nein, nein, nein, ich möchte mit Ihnen mal über die Türkei reden.« Damals schon. An den Euro hat er nicht geglaubt, der damalige Finanzminister Rubin auch nicht. Ein Jahr später war ich wieder in Washington, dann ruft der Finanzminister den luxemburgischen Finanzminister an und sagt: »Sie hatten doch letztes Jahr über diese europäische Wirtschafts- und Währungsunion geredet, könnten wir uns heute Abend treffen, um noch mal darüber zu reden?« Da wusste ich, jetzt bist du für Sekunden wichtig, und habe gesagt: »Ich habe heute Abend leider keine Zeit.« Und dann haben wir uns zum Frühstück in der Treasury getroffen. Ich habe mir damals gedacht, jetzt musst du den zweifelnden Europäern sagen, dass sogar die Amerikaner es inzwischen glauben. Wenn der amerikanische Finanzminister sich mit dem luxemburgischen Finanzminister sonntagmorgens zum Frühstück in seinem Büro trifft, dann ist das ein zarter Hinweis darauf, dass das Ding läuft. Aber da hat es auch in der deutschen Politiklandschaft noch sehr viele gegeben, die noch nicht auf der Stufe der amerikanischen Einsichten angekommen waren. Inzwischen aber ist das, trotz aller Schwächen, eine einzigartige Erfolgsgeschichte geworden.

Was wäre eigentlich die letzten zehn Jahre in Europa passiert, wenn wir den Euro nicht gehabt hätten oder wenn wir nicht dabei gewesen wären, uns auf den Euro hin zu bewegen? Abwertungen, Aufwertungen, Realignments, wie das vornehm hieß, dauerndes Durcheinander, das europäische Währungssystem dauernd am Bersten. Was wäre dann eigentlich passiert mit unseren nationalen Währungen und mit den ihnen angeschlossenen nationalen Wirtschaftsräumen während des Kosovo-Krieges, während der Balkankriege, am 11. September 2001, vor und während des Irakkrieges, während der südamerikanischen, der russischen, der lateinamerikanischen und der südostasiatischen Finanzkrise? Was wäre da los gewesen in Europa auf diesem Binnenmarkt? Es gäbe heute schon keinen Binnenmarkt mehr. Was wäre denn passiert, wenn die wirtschaftlich etwas weniger fest aufgestellten, mit schwächeren Währungen operierenden Südstaaten Europas, die große Anstrengungen gemacht haben, lobenswerte Anstrengungen, um Euro-Mitglieder zu werden, einfach kompetitive Abwertungen vorgenommen hätten? Es hätte ein heilloses Durcheinander im europäischen Währungssystem und im europäischen Wirtschaftsgefüge gegeben, wenn wir diese disziplinierende Klammer des Euros nicht gehabt hätten.

Nun stellen wir uns mal eine Sekunde vor - und diejenigen, die die Erweiterungsnotwendigkeit in Abrede stellen, und diejenigen, die den Euro nicht haben wollten, müssen sich das ja vorstellen können, wenn sie so klug reden - wir hätten die Erweiterung nicht gemacht und wir hätten den Euro nicht gehabt, wie würde denn der europäische Kontinent heute eigentlich aussehen? Heilloses Währungsdurcheinander, politisches Chaos durch dieses »Einbrechen« von 23 neuen, international unabhängig agierenden Staaten ohne staatliche Erfahrung, ohne nationales Verantwortungsbewusstsein, im Umgang mit alten und mit neben ihnen entstehenden anderen neuen Staaten. Und deshalb sage ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können auf vieles stolz sein, was wir in Europa in

den letzten Jahren seit den Gründerzeiten der fünfziger Jahre zustande gebracht haben. Nicht alles ist gut, nicht alles ist richtig, aber in den wesentlichen Fragen, in den kontinentalen Schicksalsfragen haben Europa und die Europäer das Richtige gemacht, und man sollte das auch sagen.

Diese Europäische Union hat Schwächen. Ich werde mich nie damit abfinden, dass wir es unterlassen haben, dieser Europäischen Union, diesem europäischen Binnenmarkt, dieser den europäischen Binnenmarkt verlängernden europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine soziale Dimension mit auf den Weg zu geben, die den Namen verdient hat. Wir schaffen die nationalen Währungen ab und ersetzen sie durch eine einheitliche Währung; das ist eine soziale Tat an sich. Die Konvergenzkriterien sind, obwohl unbeliebt, mit positivsten Sozialauswirkungen verbunden, weil sie eine Inflationsbekämpfungsmaschinerie darstellen. Und wer die Inflation bekämpft, der macht die richtige Sozialpolitik. Wer Schulden entstehen lässt, wer Haushaltsdefizite sich akkumulieren lässt, wer die Hauptlast der zu tragenden Verantwortung auf spätere Generationen abschiebt und den jetzigen Generationen, weil er nicht anständig wirtschaftet, Inflation aufbürdet, der unternimmt eine unsoziale Tat. So dass ich der Auffassung bin, die Währungsunion an sich ist eine soziale Tat.

Aber wenn wir den Binnenmarkt machen, wenn wir Handelshemmnisse abbauen, wenn wir Wettbewerbskongruenz und -gleichheit herstellen, dann können wir an dem sozialen Thema nicht einfach vorbeisegeln, als ob sich diese Fragen nicht stellen würden. Wir brauchen in Europa einen Mindestsockel an Arbeitnehmerrechten; das heißt nicht, dieselben Arbeitnehmerrechte überall. Wir können es keinem neuen Mitgliedsland der Europäischen Union zumuten, deutsche oder luxemburgische Sozialstandards in ihren nationalen Räumen einzuführen. Aber dass wir Mindestvorschriften, Mindestregeln erlassen, sowohl im Sozialbereich als auch im Fiskalbereich, die nicht

zu Einheitsbrei führen, sondern zu einer genauen Prinzipienlinie, die wir durch Europa ziehen und aufbauen, dies halte ich für absolut notwendig.

Diese Vorstellung, dass wir die Europäische Union eigentlich gegen die Arbeitnehmerschaft gestalten können, ist eine völlig irriige Auffassung. Das wird nicht gehen. Und deshalb muss man sich sehr ernsthaft mit dem Phänomen beschäftigen, dass viele Menschen denken, vor allem in der Arbeitnehmerschaft, die Europäische Union sei eine Veranstaltung, die nicht für sie erfunden wurde, sondern die sich zur Zeit gegen sie auswirken würde. Und wenn ich das sage, dann bin ich sehr weit von einer irgendwie gearteten Arbeiterromantik entfernt, ich bin nur dafür, dass, wenn es um Konkurrenzangleichung geht, man die breiten sozialen Felder nicht außer Acht lässt, sondern dass man sie urbar macht, damit das Gesamtunterfangen gelingen kann. Ich finde meinen Frieden nicht, dass wir über das Europa der Bürger dauernd reden und an der Stelle nicht weiterkommen.

Die Europäische Union muss in Sachen grenzüberschreitende Kriminalität, Kampf gegen den internationalen Terrorismus, Kampf gegen die Frauenverschleppungen, den Menschenhandel, der in Europa die tollsten Blüten treibt, und gegen illegale Einwanderung eine gemeinsame Front bilden. Die einzigen, die vom Binnenmarkt in vollem Umfang profitieren, sind die Gangster und Banditen. Die haben verstanden, dass sie ihr Gewerbe über ganz Europa ungehindert ausdehnen können. Aber wir brauchen auch das Europa der Polizei, wir brauchen das Europa der Gegenwehr. Was erwarten die Menschen von Europa? Sie erwarten Freiheit, sie erwarten Sicherheit. Und wir sollten unsere Bemühungen verstärken, das grenzüberschreitende Verbrechen als Europäer zu bekämpfen. Wir brauchen eine europäische Polizei, wir brauchen ein europäisches FBI, wir brauchen europäische Staatsanwaltschaften, um diesen Herrschaften das Handwerk zu legen, anstatt nur über

das Europa der Bürger zu reden und die Bürger dort allein zu lassen, wo sie bedroht werden von Kräften, denen der Nationalstaat keine Gegenwehr entgegenzustellen hat.

Wir haben versucht, in diesem europäischen Verfassungsvertrag alles aufzuschreiben, die Kompetenzen in Europa neu zu ordnen, klarzustellen, wer für was und für welche Zuständigkeitsgebiete kompetent gemacht werden kann, der Europäischen Union die Kompetenzkompetenz zu entreißen und sie zu ersetzen durch eine normativ festgefügte Kompetenz, die per Vertrag festgelegt wurde, in dem man nachlesen kann, wofür die Europäische Union und wofür die Nationalstaaten zuständig sind. Diese europäische Verfassung hätte die Probleme der Europäischen Union nicht vergrößert, sie ist auch kein Dokument, mit dem man den Menschen Angst machen wollte, sondern eigentlich ein Vertrag, der viele Probleme, die es in der tagtäglichen Europäischen Union auch gibt, geregelt hätte. Nur haben wir auch dort einige Fehler gemacht. Ich weiß nicht, welches Biest uns gebissen hat an dem Tag, als wir diesen Vertrag Verfassungsvertrag nannten. Ein Fehler war das. Nicht, weil ich aus ideologischen Gründen gegen einen europäischen Verfassungsvertrag wäre, sondern weil wir damit die Menschen überfordert haben. Wer Verfassung sagt, sagt in den Ohren und den Herzen vieler Menschen Nationalstaat. Wer Verfassung sagt, vermittelt den Eindruck, als sei die Europäische Union in einem Prozess der Verstaatlichung begriffen, als würden wir der Europäischen Union Staatlichkeit geben wollen. Und wenn die Menschen den Eindruck haben, die Europäische Union wird staatsbildend für sich selbst tätig, dann werden die Staaten und die Nationen, die wir haben, langsam aber sicher verschwinden. Und das möchten die Menschen nicht haben, weil sie sowohl Deutsche als auch Europäer sein möchten, und deshalb sollte man – fände man einen Weg zu diesem Schlüssel, der die Tür öffnet, die zu einem neuen großen europäischen Vertrag führt – auf diese Vokabel Verfassungsvertrag verzichten.

Ich bin aber nicht der Meinung, dass wir diesen Vertrag jetzt einfach auf der Müllhalde abladen sollten. Ein wie auch immer gestalteter neuer Vertrag muss die institutionelle Frage neu regeln. Wie funktionieren die europäischen Institutionen? Wie verhalten sich Rat, Kommission und Parlament einer gegenüber dem anderen? Wir müssen die Frage klären, wo das Europäische Parlament entscheidendes Mitspracherecht kriegen muss. Wir müssen klären, in diesem neuen Vertrag, wofür der europäische Richter respektive der nationale Richter zuständig ist bei der Bewertung EU-intern gewachsener Entscheidungen. Wir müssen die Frage klären, was wir mit dieser Grundrechtecharta machen, dieser Erklärung der elementaren Grundrechte der Europäer.

Ich lese und höre und staune, dass man jetzt sagt, wir nehmen nur den ersten Teil des Vertrages, dort ist diese institutionelle Frage geregelt. Diesen ersten Teil braucht man, aber den zweiten Teil, der die Charta der Grundrechte festschreibt, wieso sollte man den jetzt plötzlich außen vor lassen? Wir reden der ganzen Welt ein, Europa sei das Paradies der Menschenrechte, was es bei weitem nicht immer ist. Wir erklären den Amerikanern, das europäische Modell sei das richtige. Kommt ein Asiate zu uns ins Büro, erklären wir dem millimetergenau, wie in Asien die Dinge gerichtet werden müssten, und die Afrikaner müssen ohnehin das genauso tun, wie wir es gerne hätten. Aber wenn es darum geht aufzuschreiben, was uns gemeinsam ist in der Europäischen Union, welche Werte diese Europäische Union hat, dann tauchen plötzlich viele ab. Ich möchte nicht, dass Europa ein wertneutraler Kontinent wird. Diese politische Konstruktion, diese Europäische Union als Gesamtgebilde wird nur überleben, wenn sie ein wertefundiertes Gebilde ist, und deshalb brauchen wir diese Erklärung der Rechte, die jeder Europäer per Gerichtsbeschluss einklagen kann.

Und in diesem dritten Teil der Verfassung, der von vielen abgelehnt wird, obwohl er eigentlich nur aufschreibt, was ist, sind

einige Dinge enthalten, auf die ich nun wirklich nicht bereit bin zu verzichten: gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – die Frage eines europäischen Außenministers brauchen wir da nicht unbedingt zu erwähnen. Dies ist eine wichtige, wenn auch sekundäre Frage. Aber dass wir uns dazu aufraffen, gemeinsam Außen- und Sicherheitspolitik auch anständig von den Entscheidungsfindungswegen her zu gestalten, halte ich in dieser komplizierter gewordenen Welt mit ihren asymmetrischen Konflikten für eine absolute Notwendigkeit. Und wir machen ja nicht Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem Muster des 19. Jahrhunderts, Europa ist ja keine Kriegsmaschine.

Aber Europa braucht militärische Glaubwürdigkeit, sonst wird sich diese Europäische Union weltweit nicht behaupten können. Ich wünschte mir ja, man bräuchte die Waffenröcke und die Kanonen nicht, aber die Welt ist so, wie sie ist. Und wir können nicht einfach zuschauen, dass andere sich zum Herrn und Meister machen dadurch, dass sie militärische Gewalt und militärische Mittel zuhauf besitzen und dass die Europäer ihre Interessen nicht verteidigen können. Wir brauchen auch ein wehrhaftes Europa. Die alten Bedrohungen gibt es nicht mehr, aber es gibt genügend neue Bedrohungen, und darauf müssen wir uns einstellen. Und unsere Politik muss selbstverständlich eine Friedenspolitik sein. Und dazu gehört, dass wir nicht nur über militärische Mittel nachdenken, sondern auch über die feinen Instrumente der weltweiten Politikgestaltung.

Es bleibt ein Skandal, dass wir uns nicht mit den Themen beschäftigen, die die großen Themen der Welt sind. Europa müsste sich mit dem Thema Armut und Hunger in der Welt beschäftigen. Wir sinnieren darüber, was wir tun können, damit junge Menschen wieder an Europa glauben. Ich glaube, junge Menschen würden wieder Vertrauen zu Europa fassen, wenn wir entscheiden würden, wir, die wir fähig waren, das Sklaventum und die Sklaverei im 19. Jahrhundert abzuschaffen, in der

ersten Hälfte dieses Jahrhunderts dafür zu sorgen, dass Hunger und Armut von der Weltoberfläche verschwinden. Solange jeden Tag 25.000 Kinder den Hungertod sterben, so lange hat Europa seine Aufgabe in der Welt nicht erledigt. Und das sollten wir tun, wenn wir uns über gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik unterhalten. Das gehört eng zusammen, dass man sich auch um das Unglück der anderen kümmert. Wer denkt, die Afrikaner könnten dauerhaft unglücklich bleiben und wir könnten dauerhaft glücklich bleiben, der irrt sich fundamental. Und wir sollten die Probleme der Welt dort lösen, wo sie sich stellen, anstatt den Eindruck zu erwecken, alle Probleme der Welt bei uns selbst zu lösen. Nein, wir sollten unsere Anstrengungen in der Entwicklungspolitik verstärken, dann wäre die zukünftige, die perspektivisch sich vor uns ausbreitende Einwanderungsproblematik wesentlich entschärft, und das sollten wir, wie ich finde, schnellstens tun.

So gibt es also vieles, was im Leistungskatalog der Europäischen Union aufzuführen wäre - Selbstverständlichkeiten, Evidenzen, Dinge, über die man nicht mehr redet, weil sie gelungen sind und von denen man denkt, sie seien immer schon so gewesen, wie sie heute sind. Und die Lebensverhältnisse in Europa wären wesentlich schlechter, wenn diese Dinge nicht resolut in Angriff genommen worden wären. Es gibt einige Schiefen in der Europäischen Union, die wir begradigen müssen. Und das ist die eigentliche Aufgabe, die auf uns in den nächsten Monaten und Jahren, und auch auf die nachfolgenden Generationen zukommt, wobei mein Eindruck der ist - aber dies ist despektierlich und zukunftsbeschimpfend - dass eigentlich die Männer und Frauen meiner Generation, der heute 50-Jährigen, das jetzt machen müssen, denn unsere Väter waren noch Soldaten im Krieg. Wir haben das ja alles Gott sei Dank nicht erleben müssen, aber wir haben doch Väter, die verwundet worden sind, die wissen, wie das Leben sein kann, uns im Gefühl haben groß werden lassen, dass sie etwas wissen, von dem sie sich wünschen, dass wir es nie wissen müssen.

Und wenn dieses Gefühl verloren geht, dass Europa gemacht werden muss, damit dies nie wieder passiert, wenn dieses Gefühl sich nicht verstetigt, dass die europäischen Dinge immer besonderer Art sind, dass zwei und zwei nicht vier, sondern fünf sind, und dass fünf dann eben eine gerade und nicht eine ungerade Zahl ist, dass Europa bei aller notwendigen Durch-rationalisierung seiner Prozesse auch immer ein gewisses Maß an Irrationalität - was ich den europäischen Traum nennen würde - haben muss, wenn dieses Gefühl sich verflüchtigt haben wird, dann werden diejenigen, die keine Väter haben und keine Großväter haben, die wissen, was war, und die nicht möchten, dass wieder andere in Erfahrung bringen müssen, was sie in Erfahrung bringen mussten, dann wird man die Fäden nicht mehr zusammenkriegen, um dieses europäische Kleid so zu stricken, dass es auf unseren Kontinent passt. Ein schwäbischer Theologe, glaube ich, hat gesagt, stoßgebetartig: »Herr, gib mir Kraft, die Dinge, die ich nicht ändern kann, mit Gelassenheit zu ertragen, und gib mir den Mut, zu ändern, was geändert werden kann und was geändert werden muss. Und gib mir bitte die Weisheit, beides voneinander unterscheiden zu können.« Diese Weisheit wünsche ich uns allen für die nächsten Jahre. Vielen Dank.

Jean-Claude Juncker

- 1954 geboren in Redange-sur-Attert
- 1975-79 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Straßburg
- 1974 Eintritt in die Christlich-Soziale Volkspartei
- 1979-82 Fraktionssekretär
- 1982-84 Staatssekretär für Arbeit und soziale Sicherheit
- 1984-89 Arbeits- und stellvertretender Budgetminister
- 1989-94 Arbeits- und Finanzminister
- 1990-95 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Volkspartei
- Seit 1995 Premierminister des Großherzogtums Luxemburg
- Seit 2005 Vorsitzender der Finanzminister der Euro-Zone
- Seit 2006 Mitherausgeber der Wochenzeitung Rheinischer Merkur

Auszeichnungen und Preise (Auswahl)

- 1988 Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband
- 2001 Ehrendoktor der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- 2002 Grand Officier de la Légion d'Honneur
- 2003 Grand-Croix de l'Etoile
Ehrenbürger der Stadt Trier
Ehrendoktor der Universität Bukarest
Heinrich-Brauns-Preis
- 2004 Ehrendoktor der Universität Thrakien
Goldenes Schlitzohr
- 2005 Walter-Hallstein-Preis
- 2006 Internationaler Karlspreis der Stadt Aachen
Europapreis für politische Kultur der Hans-Ringier-Stiftung

Europa bauen, den Wandel gestalten Vortragsreihe

- :: Klaus Töpfer
Globalisierung - Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen, Oktober 2001
- :: Daniel S. Hamilton
Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Februar 2002
- :: Mahmoud Hamdi Zakzouk
Der Islam und Europa - ohne Dialog keine Zukunft, Juli 2002
- :: Janusz Reiter
Die Erweiterung der Europäischen Union - was kommt danach?, Januar 2003
- :: Alfred Grosser
Deutschland, Frankreich, Europa: was war, was ist, was wird?, August 2003
- :: Amos Elon
Die Rolle der Juden im neuen Europa, Februar 2004
- :: Erwin Teufel
Europa im Umbruch, August 2004
- :: Karl Kardinal Lehmann
Das Christentum und die Grundlagen Europas. Ein Blick in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, November 2004
- :: Kemal Derviş
Die Erweiterung Europas nach Südosten: eine geschichtliche Wiedervereinigung und die Gestaltung der Zukunft, Juni 2005
- :: Heinrich August Winkler
Was hält Europa zusammen?, Dezember 2005
- :: Joachim Gauck
Welche Erinnerungen braucht Europa?, September 2006

Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche:

- :: Wissenschaft und Forschung
- :: Gesundheit und humanitäre Hilfe
- :: Völkerverständigung Westeuropa, Amerika
- :: Völkerverständigung Mitteleuropa, Osteuropa
- :: Bildung und Gesellschaft
- :: Gesellschaft und Kultur

Zur Stiftung gehören in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Robert Bosch Stiftung GmbH

Heidehofstraße 31

70184 Stuttgart

info@bosch-stiftung.de

www.bosch-stiftung.de

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Foto: Susanne Kern
Gestaltung: Hesse Design, Düsseldorf
Januar 2007

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

© 2007 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-939574-03-3